

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 33 (1954)  
**Heft:** 7

## Titelseiten

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## HISTORICUS

**Der Streit um die Flüchtlingspolitik**

*Fragen, die noch zu beantworten sind*

Die «Rote Revue» hat in Heft 4/5 dieses Jahrganges (J. W. Brügel: «Blick in Nazidokumente») eine Darstellung der die Schweiz betreffenden Ereignisse der unmittelbaren Vorkriegszeit auf Grund des von den Alliierten herausgegebenen fünften Bandes deutscher diplomatischer Dokumente veröffentlicht. Ein Kapitel in dieser Abhandlung, die hauptsächlich die Reaktion des Bundesrates auf die aggressive Politik des Dritten Reiches in den Jahren 1938 und 1939 widerspiegelte, war *Hitlers Judenpolitik* und ihren Auswirkungen auf die Schweiz gewidmet. Diesem verhältnismäßig kurzen Kapitel aus einem umfangreichen und die deutsch-schweizerischen Beziehungen wiederholt streifenden Dokumentenband hatte knapp vorher auch ein anderes Blatt Aufmerksamkeit geschenkt, was zur Herausgabe einer ausführlichen Erklärung von Dr. *Rothmund*, dem Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, führte, der sehr energisch leugnete, dem damaligen deutschen Gesandten in Bern die Anregung zur Ausgabe von besonderen deutschen «Judenpässen» gegeben zu haben. Auch wenn die «Neue Zürcher Zeitung» damals fand oder zu finden vorgab, die Sache habe «nicht genügend Aktualität und Interesse, um heute, nach sechzehn Jahren, in aller Breite darauf zurückkommen zu müssen», gab sich die öffentliche Meinung erfreulicherweise mit diesem «Schwamm-darüber»-Standpunkt nicht zufrieden und verlangte gründliche Abklärung eines dunklen Kapitels. Sie hat es zweifellos begrüßt, daß die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat die Sache aufgriffen und daß Dr. *Oprecht* im Namen der letzteren eine Interpellation einbrachte, die Klarheit über das seinerzeitige Vorgehen der schweizerischen Amtsstellen verlangte und nach der Bereitschaft des Bundesrates fragte, «den eidgenössischen Räten einen Bericht über die Flüchtlingspolitik des Bundes seit 1933 zu erstatten». Die Interpellation wurde von Bundesrat *Feldmann* eingehend beantwortet, ohne daß sich der Interpellant Dr. *Oprecht* von der Beantwortung seiner Anfrage über das konkrete Vorgehen von Bundesrat und Polizeiabteilung in den Jahren 1938 und 1939